

Stadt Stadtallendorf
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau,
Umwelt und Landwirtschaft
- Der Vorsitzende -

35260 Stadtallendorf, 06.11.2017
Postfach 1420
Tel.: (0 64 28) 707-308
Fax.: (0 64 28) 707-400

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft

Sitzungstermin:	Donnerstag, 26.10.2017
Sitzungsbeginn:	19:35 Uhr
Sitzungsende:	21:45 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf

Anwesend sind:

Herr Jochen Metz
Herr Frank Drescher
Herr Werner Hesse bis TOP 8
Herr Reinhard Kauk
Herr Bernt Klapper
Herr Winand Koch bis TOP 7 - Vertreter für Herrn Stv. Linker
Herr Hans-Georg Lang
Herr Marius Möglich
Herr Stefan Rhein Vertreter von Frau Stv. Quirnbach
Herr Manfred Thierau bis TOP 7 - Vertreter für Frau Stv. Wende
Frau Sigrid Waldheim Vertreterin für Herrn Stv. Becker

Vom Magistrat:

Herr Jürgen Behler

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Wolfgang Salzer

Bürgermeister:

Herr Christian Somogyi

Ausländerbeirat:

Herr Mesut Sungur Vertreter für Frau Demir

Stadtverordnetenvorsteherin

Frau Ilona Schaub

Von der Verwaltung:

Herr Klaus Hütten
Herr Uwe Volz

Schriftführer:

Herr Peter Schunk

Entschuldigt fehlt:

Herr Markus Becker
Frau Zehra Demir
Herr Michael Feldpausch
Herr Jörg Linker
Frau Ulrike Quirmbach
Frau Bettina Wende

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Wahl eines Vorsitzenden
- 3 Beratung von eingegangenen Anträgen
- 3.1 Reduzierung städtischer Immobilien; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 29.09.2017 (eingegangen am 05.10.2017)
Vorlage: GRÜ/2017/0004
Beschlüsse
- 4 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf; Digitalisierung des Flächennutzungsplanes der Stadt Stadtallendorf unter Einbeziehung aller rechtswirksamen Änderungen mit den Nrn. 1-69, Kenntnisnahme und Zustimmung
Vorlage: FB4/2017/0085
- 5 Erwerb der Grundstücke Gemarkung Schweinsberg, Flur 14, Flst. 19, 20 und 21 für die Baugebietserweiterung "Nördlich der Feldwiesen"
Vorlage: FB4/2017/0077
- 6 Gesamtkonzept Herrenwaldstadion, Umsetzung des 2. Bauabschnittes (Festplatz und Umfeld Sportheim, HAUPTerschließungswege, Erschließung Maschinenhalle)
Vorlage: FB4/2017/0086/1
- 7 Neugestaltung der Grünanlage am Iglauer Weg; Beschluss zur Umsetzung der Sanierungsvariante "Teichanlage"
Vorlage: FB4/2017/0089
Kenntnisnahmen
- 8 Weiterentwicklung der Windenergie in Stadtallendorf
Entwicklung des Bürgerwindparks "Hopfenberg" - Sachstand
Vorlage: FB4/2017/0087
- 9 Rad-/Gehweg an der Rheinstraße Neu (K 92) in Stadtallendorf; Sachstand
Vorlage: FB4/2017/0065
- 10 Controlling/Berichtswesen zum 31.08.2017
Vorlage: FB1/2017/0106
- 11 Beschlusskontrolle
- 12 Berichte aus den Verbandsversammlungen
- 13 Mitteilungen
- 13.1 Vorführung einer Orgel für die Friedhofshalle in der Kernstadt
- 13.2 Besprechung zur Vorbereitung eines Baugebietes "Am Rohrborn"
- 13.3 Baubeginn der Produktionshalle Fa. Winter im Gewerbegebiet Nordost
- 14 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

Zu 1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Stv. Metz eröffnet in Vertretung des zum Stadtrat ernannten Ausschussvorsitzenden Behler die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder, die Stadtverordnetenvorsteherin und ihre Stellvertreter und Herrn Bürgermeister Somogyi. Außerdem begrüßt er Herrn Hütten und Herrn Volz von der Verwaltung und den Schriftführer Herrn Schunk.

Sein besonderer Gruß gilt darüber hinaus Herrn Mayer von der Oberhessischen Presse sowie den zahlreichen Zuschauern.

Die Einladung ist form- und fristgerecht ergangen, Einwände ergeben sich nicht. Er weist darauf hin, dass zu TOP 6 eine im Beschlussvorschlag korrigierte Vorlage (sog. Referenzvorlage) an die Anwesenden verteilt wird.

Zu 2 Wahl eines Vorsitzenden

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende Metz bittet um Vorschläge für das Amt des Ausschussvorsitzenden. Herr Stv. Hesse schlägt Herrn Stv. Drescher vor. Nachdem keine weiteren Vorschläge eingehen, bittet Herr Stv. Metz um Abstimmung. Herr Stv. Drescher wird ohne Gegenstimme zum Ausschussvorsitzenden gewählt und nimmt die Wahl an. Er bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und wünscht sich eine konstruktive Zusammenarbeit und eine faire Begegnung.

Zu 3 Beratung von eingegangenen Anträgen

Das Gremium einigt sich zunächst darauf, dass der von der Fraktion B90/Die Grünen eingereichte Antrag „Förderung der Elektromobilität“ vom 29.09.2017 im Fachausschuss 1 beraten wird.

Zu 3.1 Reduzierung städtischer Immobilien; Antrag gem. § 14 der GO der Fraktion B90/DIE GRÜNEN vom 29.09.2017 (eingegangen am 05.10.2017) Vorlage: GRÜ/2017/0004

Herr Stv. Klapper erläutert den Antrag für seine Fraktion. In diesem Jahr habe nach einem entsprechenden Schreiben Ende 2016 noch keine Sitzung des Arbeitskreises stattgefunden. Ergebnisse aus den vorherigen Sitzungen seien nicht bekannt, anscheinend bestehe kein weiteres Interesse. Der Änderungsantrag der SPD-Fraktion werfe weitere Fragen auf.

Herr Stv. Hesse erläutert den von seiner Fraktion vorgelegten Änderungsantrag und verweist darauf, dass der Beschluss, keine weiteren Sitzungen abzuhalten, im Konsens gefasst wurde. Inzwischen sei die nächste Sitzung des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung bereits terminiert. Das Projekt sei qualifiziert zu Ende zu bringen.

Herr Stv. Koch hält es als Stadtverordnete für schwer, etwas zu erreichen, insofern habe er Verständnis für die Ungeduld. Die Bewertung von Grundstücken

werde in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung behandelt. Dabei sei seriös und breit vorzugehen. Es würden noch Informationen benötigt.

Herr Stv. Klapper bemängelt, dass noch keine Ergebnisse erarbeitet worden seien, insofern sei der Antrag seiner Fraktion kein Aktionismus. Herr Stv. Lang stellt ebenfalls fest, man habe sich ein knappes Jahr nicht getroffen, das Projekt müsse jetzt unter Beteiligung der Stadtverordneten vorangetrieben werden. Herr Stv. Koch bekräftigt, man wolle Ergebnisse nicht nur einfach vorgelegt bekommen sondern mit erarbeiten.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist auf das Thema „Sparpotential Stadthalle“, dass unter anderem in der nächsten Sitzung des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung, die für den 22.11.2017 terminiert ist, behandelt werde.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu Beschlüsse

**Zu 4 Bauleitplanung der Stadt Stadtallendorf; Digitalisierung des Flächennutzungsplanes der Stadt Stadtallendorf unter Einbeziehung aller rechtswirksamen Änderungen mit den Nrn. 1-69, Kenntnisnahme und Zustimmung
Vorlage: FB4/2017/0085**

Herr Hütten erläutert die Vorlage. Herr Stv. Metz fragt nach, wer die Digitalisierung zu welchen Kosten vorgenommen habe. Herr Hütten antwortet, dass die Arbeiten durch ein Planungsbüro durchgeführt wurden. Es seien Kosten in Höhe von ca. 9.000,00 € entstanden.

Herr Stv. Hesse merkt an, dass der Ausschuss zwar den formalen Beschluss fassen, aber keine Aussage zur Richtigkeit im Einzelnen treffen könne. Die Maßnahme stehe wohl auch in Zusammenhang mit den Bemühungen des Landkreises bezüglich gemeinsamer digitaler Pläne.

Herr Hütten erläutert, dass das vorrangige Ziel des Arbeitskreises Geodateninformation (GDI) sei, die Bebauungspläne nach der „Inspire“-Richtlinie aufzubereiten. Insgesamt sei die Stadt dem GDI-Niveau voraus. Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stv. Koch ergänzt er darüber hinaus, der digitalisierte F-Plan solle künftig auch auf der Homepage der Stadt bereitgestellt werde.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Stadtallendorf nimmt die vorliegende digitalisierte Fassung des rechtswirksamen Flächennutzungsplanes (Stand 2017), inkl. der rechtswirksamen Änderungen Nr. 1 bis 69 zur Kenntnis. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt diesem aktualisierten Gesamtplan zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

**Zu 5 Erwerb der Grundstücke Gemarkung Schweinsberg, Flur 14, Flst. 19, 20 und 21 für die Baugebietserweiterung "Nördlich der Feldwiesen"
Vorlage: FB4/2017/0077**

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage. Die Ortsrandeingrünung wurde bereits bei der Festlegung der benötigten Fläche berücksichtigt. Der Ortsbeirat hat der Vorlage zugestimmt. Herr Hütten ergänzt auf Anfrage von Herrn Stv. Lang, dass vorgesehen ist, das Bauleitplanverfahren im nächsten Jahr durchzuführen, die Erschließung soll dann 2019 folgen, sodass anschließend die Baugrundstücke zur Verfügung stehen. Auf Nachfrage von Herrn Stv. Koch ergänzt er, dass mit „städtischen Konditionen“ der Preis sowie die Bebauungspflicht gemeint seien.

Herr Stv. Klapper regt an, künftig in der Vorlage die Entscheidung des Ortsbeirates zu vermerken.

Beschluss:

1. Die Stadt Stadtallendorf erwirbt für die Baugebietserweiterung folgende Grundstücke:
 - a) Schweinsberg Flur 14, Flurstück 19, Feldwiesen, Grünland in Größe von 9.710 m²,
 - b) Schweinsberg Flur 14, Flurstück 20, Auf der Sandkaute, Ackerland in Größe von 3.010 m²,
 - c) Schweinsberg Flur 14, Flurstück 21, Auf der Sandkaute, Ackerland in Größe von 3.549 m²,
2. *)
3. Die Stadt trägt alle Kosten die zur Durchführung des Kaufvertrages entstehen.
4. Die betroffenen Grundstücke sind in dem anliegenden Lageplan rot schraffiert dargestellt.
5. *)

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür
1 Enthaltung

**Zu 6 Gesamtkonzept Herrenwaldstadion, Umsetzung des 2. Bauabschnittes (Festplatz und Umfeld Sportheim, Hupterschließungswege, Erschließung Maschinenhalle)
Vorlage: FB4/2017/0086/1**

Herr Bürgermeister Somogyi verweist auf die bereits erfolgte Diskussion im Fachausschuss II. Die notwendigen finanziellen Mittel seien im Haushalt 2018 berücksichtigt. Auf Bitten von Herrn Stv. Thierau erläutert Herr Hütten anhand einer Powerpoint-Präsentation eingehend die anstehenden Arbeitsschritte. Diese seien nach der sogenannten RistWag auszuführen, was bedeute, dass es für Trinkwasserschutzzonen gesteigerte Anforderungen gebe. Zusätzliche Sicherungsmaßnahmen seien erforderlich, insbesondere gebe es Auflagen bei Fahrstraßen. Die Fläche solle künftig auch zur Ablage von Baumaterial genutzt

Herr Stv. Klapper fragt nach einer Absenkung des Randweges, die bereits diskutiert worden sei. Sein Ansatz sei, die vorhandenen Elemente zu erhalten. Erdarbeiten trieben die Kosten in die Höhe. Uferbereiche könnten ausgestrichen werden.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist auf die Verkehrssicherungspflicht der Stadt. Das Wasser müsse abgelassen werden, um die Zu- und Abflüsse zu suchen. Die Kosten seien nur nach dem jetzigen Erkenntnisstand zu schätzen.

Herr Stv. Lang trägt Bedenken seiner Fraktion darüber vor, wie sich die Kosten entwickeln werden, auch bezüglich der Unsicherheitsfaktoren im Zusammenhang mit Zu- und Abflüssen. Man werde sich daher enthalten.

Herr Bürgermeister Somogyi entgegnet, dass eine Untersuchung stattgefunden habe, die untersuchende Firma aber keine weitergehenden Angaben machen könne. Vermutlich seien die Zu- und Abläufe verstopft, in jedem Fall seien sie derzeit nicht funktionsfähig. Herr Hütten ergänzt, zurzeit würden ca. 1.500 cbm Wasser jährlich eingespeist. Für die bisher nicht eingerechneten Abdichtungskosten seien ca. 60.000 € veranschlagt.

Herr Stv. Metz gibt die Fraktionsmeinung wieder, die vor einer Entscheidung die Zu- und Abläufe kennen möchte.

Herr Stv. Klapper fragt nach, auf welche Weise die Information der Bevölkerung sichergestellt werde. Herr Bürgermeister Somogyi führt aus, dass vor kurzem eine Informationsveranstaltung im angrenzenden Gebäude stattgefunden habe. Nach einem Beschluss der städtischen Gremien werde eine weitere Veranstaltung angeboten.

Herr Stv. Thierau fordert, die Anlieger mit in die Planung einzubeziehen. Dies sei in der letzten Sitzung so beschlossen worden. In Richtung der CDU-Fraktion appellierte er an eine Zustimmung, da es sich um ein Kulturgut handle, dessen Erhaltung nicht an Kosten scheitern solle. Falls man die Maßnahme ablehne, solle man sich auch dazu bekennen. Viele Projekte hätten sich verteuert. Vor einer Ausschreibung sollten heimische Betriebe in Kenntnis gesetzt werden.

Herr Stv. Müglic hält die Gesamtkosten der Maßnahme, die über denen der Variante B läge, in Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung für bedenklich.

Herr Stv. Koch stellt heraus, dass man nicht wisse, was bei einer Ausschreibung herauskomme, man könne aber den Wunsch der Bevölkerung nicht ignorieren.

Herr Stv. Hesse bekennt, die jetzt zu beschließende Variante sei nicht der Favorit seiner Fraktion, man werde aber aufgrund des Bürgerwillens zustimmen. Die Verwaltung halte die Finanzierung für möglich, gegenteilige Informationen lägen nicht vor.

Frau Stv. Waldheim bemängelt, dass im Angebot keine Baunebenkosten enthalten seien, obwohl Büros beauftragt würden. Herr Hütten erläutert, dass noch für die Leistungsphasen 4 – 9 (HOAI) Planungskosten einzurechnen sind. Diese betragen rd. 65 % des Leistungsspektrums. Die Honorare belaufen sich auf rd. 15 – 20 % der Nettokosten der Bauleistung.

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert auf eine entsprechende Nachfrage von Herrn Sungur, dass von der Anlage keine alten Pläne existierten. Sie sei

seinerzeit für 1,00 DM erworben worden

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung hebt seinen Beschluss vom 14.07.2016 zur Umgestaltung der Grünanlage Iglauer Weg („Umgestaltung in Form einer Rasenmulde“) auf.
2. Der Entwurf zur Neugestaltung der Grünfläche „Iglauer Weg“ in Form einer Teichanlage gem. Variante C „Teichanlage“ soll realisiert werden.
3. Das Planungsbüro Sommerlad Haase Kuhli, Gießen, wird auf Basis dieser Entwurfsplanung mit der Ausführungsplanung, der Erarbeitung der Ausschreibung sowie der Bauüberwachung gemäß HOAI beauftragt.
4. Die Umsetzung der baulichen Maßnahme erfolgt in 2018.

Abstimmungsergebnis: 7 dafür
 4 Enthaltungen

Zu Kenntnisnahmen

**Zu 8 Weiterentwicklung der Windenergie in Stadtallendorf
Entwicklung des Bürgerwindparks "Hopfenberg" - Sachstand
Vorlage: FB4/2017/0087**

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage. Herr Volz gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick über den Sachstand des Verfahrens. Im Dezember findet ein separater Termin für alle Stadtverordneten über die Vorfinanzierung durch private Partner statt.

Herr StV Lang äußert sich lobend über die Darstellung des Sachverhalts. Er mahnt bezüglich der im Dezember zu beschließenden Magistratsvorlage an, dass die Planungshoheit der Stadt erhalten werden müsse.

Herr Bürgermeister Somogyi ergänzt, dass finanziell wirksame Entscheidungen erst im nächsten Jahr getroffen würden. Zu dem von Frau Stadtverordnetenvorsteherin Schaub vorgebrachten Einwand, dass in diesem Jahr lediglich über das Prozedere entschieden werde, das eigentlich wichtigere Thema aber die Wirtschaftlichkeit sei, entgegnet Herr Bürgermeister Somogyi, dass zum jetzigen Zeitpunkt vordringlich über die private Vorfinanzierung der Anlage entschieden werden müsse.

Kenntnisnahme:

In seiner Sitzung vom 29.03.2012 hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, den weiteren Ausbau der Windenergienutzung in Stadtallendorf so voranzutreiben, dass eine finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wird und das darin liegende Potenzial für die lokale und regionale Wertschöpfung so gut wie möglich ausgenutzt wird. Hierzu war ein konkretes Konzept auszuarbeiten.

In der Folge hat die Stadtverordnetenversammlung in seinen Sitzungen vom 20.01.2015 und 23.07.2015 beschlossen, gemeinsam mit der Energiegenossenschaft Marburg-Biedenkopf (EGMB) eine Gesellschaft zur Entwicklung und dem Betrieb eines Bürgerwindparks, die „Windpark Hopfenberg GmbH“ zu gründen, um das Projekt voranzutreiben. Danach wurde die Feinabstimmung von Gesellschafts- und Konsortialvertrag zwischen Stadt und EGMB weiterbearbeitet, so dass im Herbst 2015 endabgestimmte unterschrifts-

reife Vertragsentwürfe vorlagen. Diese wurden jedoch auf Grund zwischenzeitlicher artenschutzfachlicher Unklarheiten zunächst nicht notariell beurkundet.

Da sich in der Zwischenzeit sowohl in gesetzlicher als auch in technisch-wirtschaftlicher Hinsicht die Rahmenbedingungen für die Realisierung des Vorhabens erheblich verändert haben, ist das Umsetzungskonzept erneut an die veränderten Sachverhalte anzupassen und hinsichtlich der gemäß Beschlusslage gesteckten Ziele zu bewerten.

Die letzten Informationen zum Sachstand wurden durch die Verwaltung im Rahmen der Sitzung des Fachausschusses 1 vom 27.06.2017 gegeben. In dieser Sitzung wurde angekündigt, dass der Stadtverordnetenversammlung im Herbst dieses Jahres erneut über den Fortgang der Dinge und mögliche wirtschaftliche Konsequenzen berichtet werden solle.

Entsprechend soll in der anstehenden Sitzung des Fachausschusses für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Landwirtschaft in Form eines mündlichen Berichtes sowohl die Historie des Projektes als auch der aktuelle Sachstand im Überblick dargelegt werden.

Dieser Sachstandsbericht soll den fachlichen Hintergrund für die im Fachausschuss 1 schließlich zu beratenden finanziellen Schlussfolgerungen und die sich daraus ableitenden Beschlussempfehlungen darstellen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 9 Rad-/Gehweg an der Rheinstraße Neu (K 92) in Stadtallendorf; Sachstand
Vorlage: FB4/2017/0065**

Herr Hütten erläutert die Vorlage. Herr Stv. Hesse fragt nach den finanziellen Auswirkungen für den Fall, dass der Radweg in das Kreisprogramm aufgenommen werde. Herr Hütten erläutert, dass die Kostentragung vom Baulastträger abhängt. Im Falle der K 92 sei dies der Landkreis, der auch die finanziellen Mittel bereitstellen müsse. Es gebe aber noch Überlegungen zu weiteren Teilstücken im Stadtgebiet.

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 07.05.2015 die Vorlage FB4/2015/0029) beschlossen. Die Verwaltung teilt hierzu folgenden Sachstand mit:

1. Straßenplanung

Als potentielle Maßnahme zur Verbesserung des Radwegenetzes in Stadtallendorf wurde den städtischen Gremien in der Vergangenheit eine Ausbauvariante für den kombinierten Rad-/Gehweg an der K 92n vorgestellt. Ziel dieser Ausbauvariante ist der dortige Lückenschluss entlang der Rheinstraße (K 92), bis in den Bereich der Waldstraße hinein. Ein Teilabschnitt war bisher nicht als kombinierter Geh-/Radweg entlang der Rheinstraße realisiert. Im Zusammenhang mit dem Neubau der Westumgehung Rheinstraße (K 92n) wurde, vor allen Dingen aufgrund von Kostenüberlegungen des Baulastträgers (Kreis), auf eine durchgängige Anlage eines kombinierten Geh-/Radweges verzichtet, so dass seinerzeit eine Verbindung des Rad- und Gehweges der westlichen DAG in die Innenstadt über den forstwirtschaftlichen Weg und die

Verlängerung der Kinzigstraße als ausreichend beurteilt wurde.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass der Bedarf an einer straßenbegleitenden Radwege- und Fußgängerverbindung durchaus existiert, da sie die direkte und aus Sicht der Verwaltung sicherste Verkehrsführung für die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer darstellt. Auf Grundlage dieser Überlegungen wurde die Verwaltung beauftragt, eine Entwurfsplanung für einen kombinierten Geh-/Radweg zu entwickeln.

Zwischenzeitlich ist der Bauentwurf für den komb. Geh-/Radweg K 92 fertiggestellt worden. Die Entwurfsplanung nebst Kostenschätzung ist in der Anlage zu dieser Vorlage beigefügt.

2. Fördermöglichkeiten

Die Verwaltung wurde in der Vergangenheit ebenfalls beauftragt, die Rahmenbedingungen eines solchen Vorhabens bzw. Fördermöglichkeiten zu untersuchen.

Es wurden dennoch zwei Optionen zur Akquise von Fördermöglichkeiten ermittelt.

Zunächst ist festzustellen, dass es sich bei dem straßenbegleitenden kombinierten Geh-/Radweg an der Kreisstraße 92 um eine Maßnahme in der Baulast des Landkreises Marburg-Biedenkopf handelt.

Option 1

Da der Landkreis beabsichtigt, im Rahmen seiner koordinierten Radverkehrswegeplanung auch Lücken im Netz zu schließen, wurden mit der Kreisverwaltung Vorgespräche geführt, die zu einer Verbesserung des Wegenetzes führen sollen. Es konnte von Seiten der Verwaltung erreicht werden, diesen Streckenabschnitt der K 92 in das landkreisweite Konzept aufzunehmen und seitens der Kreisverwaltung beabsichtigt, eine Förderung beim Land Hessen zu beantragen. Daher hat die Stadtverwaltung dem Landkreis die vorliegende Planung zur Verfügung gestellt.

Bis dato kann jedoch noch kein Datum für die Beantragung von Fördermitteln zur Realisierung des Radweges durch den Landkreis benannt werden.

Option 2

Parallel hierzu wurde durch die Stadtverwaltung vorsorglich beim zuständigen Umweltministerium eine Förderung des kombinierten Geh-/Radweges im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ gestellt. Begründet wurde dieser Antrag damit, dass der Lückenschluss eine zentrale Anbindung der Westl. DAG zur Innenstadt darstellt. Die Tatsache, dass sich der Streckenverlauf nicht innerhalb des geförderten Projektgebietes befindet, stellt jedoch für eine Bereitstellung von Fördermitteln im Städtebauförderungsprogramm ein Problem dar.

Grundsätzlich ist mit einer Entscheidung zur Förderfähigkeit im Programm „Soziale Stadt“ zum Ende des Jahres 2017 zu rechnen.

Die Verwaltung wird die politischen Gremien über den weiteren Projektverlauf sukzessive informieren.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 10 Controlling/Berichtswesen zum 31.08.2017
Vorlage: FB1/2017/0106

Keine Wortmeldungen

Kenntnisnahme:

Der als Anlage beigefügte Bericht zum Stand des Haushaltsvollzugs 31.08.2017 wird zur Kenntnis genommen.

Gemäß § 28 der Gemeindehaushaltsverordnung ist die Gemeindevertretung mehrmals jährlich über den Stand des Haushaltsvollzugs zu unterrichten. Der Bericht zum 31.08.2017 gibt in komprimierter Form die wesentlichen Daten zur Haushaltsausführung wieder. Als Ergänzung wird der vorläufige Gesamtabschluss des Haushaltsjahres 2016 beigefügt.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 11 Beschlusskontrolle

Keine Wortmeldungen

Zu 12 Berichte aus den Verbandsversammlungen

Es wurden keine Berichte abgegeben.

Zu 13 Mitteilungen

Zu 13.1 Vorführung einer Orgel für die Friedhofshalle in der Kernstadt

Der Schriftführer gibt dem Ausschuss in dessen Funktion als Friedhofskommission der Kernstadt den Termin für die Vorführung einer neuen Orgel für die Friedhofshalle bekannt. Das Instrument soll dort am 07.11.2017, 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr präsentiert werden. Interessierte Mitglieder sind zur Teilnahme eingeladen.

Zu 13.2 Besprechung zur Vorbereitung eines Baugebietes "Am Rohrborn"

Herr Bürgermeister Somogyi berichtet von einem gemeinsamen Termin der Stadtverwaltung mit Vertretern der Bundeswehr und dem zuständigen Bundesamt wegen der möglichen Entwicklung eines Baugebietes „Am Rohrborn“. Man habe sich darauf verständigt, dass zunächst die Abstimmung zwischen Investor und Bundeswehr erfolgen solle. Anschließend könne die Stadt in der Frage einbezogen werden, ob ein Bebauungsplan realisiert werden kann.

Zu 13.3 Baubeginn der Produktionshalle Fa. Winter im Gewerbegebiet Nordost

Herr Bürgermeister Somogyi gibt den Beginn der Bauarbeiten an der neuen Produktionshalle im Gewerbegebiet Nordost bekannt. Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Stv. Metz ergänzt er, dass die eigentliche Beurkundung des

Kaufs der Grundstücke weit vor der Veröffentlichung lag. Diese Differenz sei vom Käufer so beabsichtigt gewesen.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Stv. Salzer erläutert er, dass es sich dort um die Veredelung von im Hauptwerk produzierten Bremsscheiben handele. Bisher wurde die Veredelung mit ca. 50 bis 60 Mitarbeitern ebenfalls im Hauptwerk vorgenommen. Nunmehr müssten die Mitarbeiter nicht mehr mit ihren Fahrzeugen in die Stadt einfahren. Der Werksverkehr soll nicht während der Stoßzeiten stattfinden. Die Größenordnung neu entstehender Arbeitsplätze wird zu gegebener Zeit vom Unternehmen bekannt gegeben.

Zu 14 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Frank Drescher
Vorsitzender

Peter Schunk
Schriftführer

*) Zum Tagesordnungspunkt 5 wurden die Unterpunkte 2. und 5. aus datenschutzrechtlichen Gründen entfernt.